

EU-Parlament: Patrioten gestärkt

Interview mit Bruno Gollnisch, Fraktionsvorsitzender der neuen Rechts-Fraktion im Europaparlament

Die erfolgreiche Bildung einer patriotischen Fraktion im Europäischen Parlament haben Massenmedien mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Entsprechend aufgeregt ist die Berichterstattung. Vorsitzender der neuen Fraktion unter den Namen „Identität – Tradition – Souveränität“ (IST) ist Professor Bruno Gollnisch, Generalsekretär und Chef der französischen Europa-Abgeordneten des erfolgreichen Front National. Wir sprachen mit ihm.

Steigender Einfluss

National-Zeitung: Sie, lieber Herr Professor, sind für viele Menschen im Abendland ein Hoffnungsträger. Ihnen kommt ja auch bei der neuen Fraktion europäischer Patrioten im Europaparlament eine maßgebliche Rolle zu. Welchen Zweck verfolgt dieser Zusammenschluss?

Gollnisch: In der Tat kommt mir als Fraktionsvorsitzender eine maßgebliche Rolle in der neuen IST-Fraktion im Europaparlament zu. Ich bin glücklich, zu dieser Gründung durch meine persönlichen Kontakte und Bemühungen beigetragen zu haben, die zu den freundschaftlichen Beziehungen hinzukamen, die bereits zwischen einigen unserer Kollegen seit langem existieren. All das hat dazu beigetragen, das Projekt zu einem glücklichen Abschluss zu führen. Was die Fraktion selbst angeht, so war ihre Gründung möglich, seit sieben nationale bulgarische und rumänische Abgeordnete zu uns gestoßen sind. Damit waren die Voraussetzungen der Geschäftsordnung des Europaparlaments erfüllt, wonach mindestens zwanzig EU-Abgeordnete aus mindestens sechs Mitgliedsstaaten zur Bildung einer Fraktion zusammenkommen müssen.

Wir haben nun zusätzliche Mittel und Möglichkeiten für unseren politischen Kampf: Mehr Redezeit, mehr materielle Hilfsmittel; Zugang zum simultanen Übersetzungsdienst für unsere Sitzungen; die Möglichkeit, Projekte und Abänderungen für Resolutionen einzubringen usw. Das Ziel unserer Fraktionsbildung besteht auch darin, den Einfluss der nationalen Rechten zu erhöhen. Die Richtlinien unserer Arbeit liegen in der Anerkennung der nationalen Interessen, der Souveränitäten und der Identitäten sowie in der Opposition gegen ein gleichförmiges und bürokratisches Europa, gegen einen europäischen Superstaat und auch gegen eine Politik der massiven Einwanderung von Ausländern.

National-Zeitung: Welche Haltung nehmen Sie zur Europäischen Union in der derzeitigen Gestaltung ein?

Gollnisch: Ich denke, dass die Europäische Union in ihrer aktuellen Form eine Maschinerie ist, die die Völker zermahlt, die unsere europäische Zivilisation und unsere nationalen Identitäten zerstört. Sie vereint alle Nachteile sowohl der Bürokratie als auch der Übertreibung an Reglementierungen im Innern Europas mit den Nachteilen des nach außen gerichteten wirtschaftlichen Liberalismus und der Globalisierung. Diesbezüglich ist die Europäische Union verantwortlich für das Abwandern unserer Industrien, das soziale Dumping und die massenhafte Einwanderung von Ausländern. Sie funktioniert als ein oligarchisches und bürokratisches System, welches nur seinem Namen nach demokratisch ist.

Nur eine Etappe ...

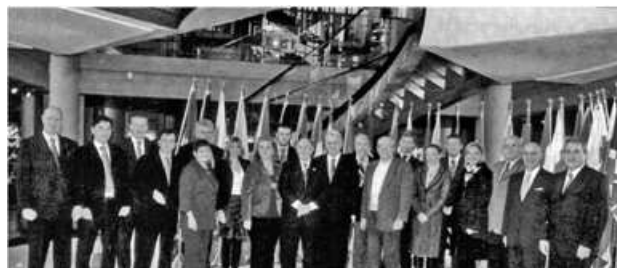
National-Zeitung: Ist eine europäische Verfassung nach Ihrer Auffassung überhaupt wünschenswert und was würde dadurch bewirkt?

Gollnisch: Die Europäische Union, so wie sie zur Zeit existiert, wird von ihren einflussreichsten Gönnern als eine ideologische Etappe hin zu einem internationalistischen Superstaat wahrgenommen, welcher absolut alles verwalten soll und darauf ausgerichtet ist, noch andere Staaten zu integrieren, einschließlich nichteuropäischer (zum Beispiel die Türkei). Der ehemalige französische, sozialistische Premierminister Michel Rocard, der

Professor Bruno Gollnisch, Fraktionsvorsitzender der neuen IST-Fraktion im Europa-Parlament und Generalsekretär des „Front National“, geboren am 28. Januar 1950 in Neuilly-sur-Seine/Frankreich, verheiratet, drei Kinder.

Nach einem brillanten Studium und einem verlängerten Dienst in der Marine begann er eine Karriere als Rechtsanwalt. Er ist Spezialist der fernöstlichen Rechtswissenschaften, unterrichtete zuerst internationales Recht in Paris und Metz, dann die japanische Sprache und Zivilisation in Lyon. 1981 war er der jüngste Dekan Frankreichs. Nach einer am 11. Oktober 2004 gehaltenen Pressekonferenz, bei der er sich über die jüngste Geschichte äußerte, suspendierte ihn am 3. März 2005 der Disziplinarrat der Universität Lyon-III für fünf Jahre, ohne ihm jedoch einen Gesetzesverstoß nachweisen zu können. Es kam auch zu einem Aufsehen erregenden Prozess: Ohne Bruno Gollnisch juristisch eine Schuld nachweisen zu können, wurde er im Januar 2007 zu 55.000 Euro Geldstrafe und drei Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er geht in Berufung.

Schon seit seiner Jugend engagiert sich Bruno Gollnisch auch für die nationale Rechte. Seit 1986 gehört er dem Politbüro des Front National (FN) an und wurde 1995 Generalsekretär der Partei. Seit 1999 ist er Generaldelegierter und damit Nummer 2 des Front National. Von 1986 bis 1989 gehörte er auch als FN-Abgeordneter der französischen Nationalversammlung an und seit 1989 ununterbrochen als FN-Abgeordneter dem Europaparlament. Dort ist er seit Januar dieses Jahres Fraktionsvorsitzender der rechtsnationalen IST-Fraktion. Bruno Gollnisch ist zudem Fraktionsvorsitzender des Front National im Landtag von Rhône-Alpes. Als Wahlkampfleiter Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2002 hat er wesentlich zu dessen überwältigendem Wahlerfolg beigetragen.



heute Europaabgeordneter ist, hat kürzlich ein Buch zusammen mit dem ehemaligen europäischen Kommissar Bolkenstein veröffentlicht, in dem er deutlich den Wunsch zum Ausdruck bringt, dass die Europäische Union das Adjektiv „europäisch“ aufzugeben habe, um sich nur noch „Union“ zu nennen, damit auch andere Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas mit aufgenommen werden können. In ihrer aktuellen Form erweitert so die Union ständig ihre Kompetenzen und würde das mit einer europäischen Verfassung sicher noch besser können. Aus dieser Sicht ist eine Verfassung absolut nicht wünschenswert.

National-Zeitung: *Wie stellen Sie sich die Grundlagen einer europäischen Energieversorgung vor?*

Gollnisch: Jede nationale Politik strebt nach der größtmöglichen Unabhängigkeit und Souveränität der Völker und lehnt die Globalisierung ab. Deshalb haben wir zum Ziel, Europa und seine Mitgliedsstaaten so unabhängig wie möglich im Bereich der Energieversorgung zu machen. Um das zu erreichen, ist es unumgänglich, eine gute Energieversorgung auf nationaler Ebene zu gewährleisten: Indem wir die Mannigfaltigkeit der Energiequellen erhöhen durch die Unterstützung erneuerbarer und natürlicher Energien (Biomasse, Biodiesel, Erdwärme und Sonnenenergie); indem wir unbedingt das globale Energiepotenzial unserer Länder (Atom, Kohle) behalten, außer wir begeben uns freiwillig in die Abhängigkeit supranationaler Organisationen, was wir nicht wollen. Ich glaube auch, dass die Energieversorgung zwischen unseren Regionen und Ländern verbessert werden muss, was uns im Falle internationaler Energiekrisen weniger verwundbar macht, ganz zu schweigen von steuerlichen Maßnahmen, die notwendig sind, um die Energieverschwendung zu verringern. Ich bin auch nicht gegen eine Zusammenarbeit mit Russland, unter der Bedingung, dass wir davon nicht völlig abhängig sind.

Provozierter Hass

National-Zeitung: *Sollte die EU bei Militäraktionen außerhalb Europas unter US-Führung mitmachen, oder riskieren wir damit den Hass, der den USA und Israel heute schon weltweit entgegenschlägt?*

Gollnisch: Unsere jeweiligen Armeen wurden dazu gegründet, unsere jeweiligen Länder im Falle einer militärischen Aggression zu verteidigen. Ein Eingreifen in der ganzen Welt, und das häufig für US- oder Globalisierungs-Interessen, aber auch für absurde Ideologien, liegt weder im Interesse Frankreichs noch in dem Deutschlands. Ein solches Eingreifen bringt in der Tat die Gefahr mit sich, dass wir uns den Hass der Bevölkerungen und der Länder zuziehen, deren Souveränität wir damit verletzen würden. Im Irak zum Beispiel war die Zerstörung der einzigen Kraft, die in der Lage war, den radikalen Islamismus und die ethnisch-religiöse Gettobildung einzudämmen, ein sehr schwerer Fehler.

„Das schließt Russland mit ein“

National-Zeitung: *Welche Vorstellungen haben sie von den Beziehungen Deutschlands und Frankreichs zu Russland und zu China?*

Gollnisch: Wir wollen nicht nur ein Europa der Kooperation freier und souveräner Staaten, der Kooperation der Unternehmen, der industriellen, polizeilichen, diplomatischen und ökologischen Kooperation, sondern auch ein Europa von großer geopolitischer Bedeutung, die dem des nördlichen Kontinents entspricht, von Brest bis Wladiwostok. Das schließt Russland mit ein. Wir haben mit ihm die Zivilisation und christliche Kultur gemeinsam; es ist wie wir Identitätsrisiken ausgesetzt, ist reich an Bodenschätzen und Energiequellen. Unsere Politiker, die in Frankreich und Deutschland an der Macht sind, tragen dem leider nicht genügend Rechnung. Ganz im Gegenteil, Russland wird von unseren jeweiligen Machthabern ständig kritisiert, zum Beispiel hinsichtlich seiner Energiepolitik oder wenn es die oligarchischen Multimilliardäre angeht, um sie daran zu hindern, die Ressourcen des Landes zu ihrem persönlichen Profit an die angloamerikanischen Großkonzerne auszuliefern. Was China dagegen angeht, so bin ich durchaus offen für Beziehungen mit diesem großen Land, aber nicht um den Preis des Opfers unserer Werte zu Gunsten der vermuteten wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Marktes. Es handelt sich nämlich um einen immer noch kommunistischen Staat, mit religiösen, ethnischen und politischen Verfolgungen und auch expansionistischen Zielen.

National-Zeitung: *Was kann und muss geschehen, um Europa aus künftigen Konflikten herauszuhalten, die unter dem Motto „Kampf dem internationalen Terrorismus“ von Washington begonnen werden?*

Gollnisch: Ich meine, dass es notwendig ist, an die Spitze unserer Länder Politiker zu wählen, die der Vormachtstellung der USA kritischer gegenüberstehen. Mit einer deutschen Bundeskanzlerin wie Frau Merkel und einem französischen Kandidaten für das Präsidentenamt wie Herrn Sarkozy von der Regierungspartei UMP wird sich die Bevormundung unserer beiden Länder durch die US-Amerikaner sicher nicht ändern.

Eine internationale Kooperation unserer Länder könnte das Kräfteverhältnis gegenüber US-Amerika ausgleichen. Das deutete sich vor dem zweiten Golfkrieg im Jahre 2003 an, als die Achse Paris-Berlin-Moskau, die den Krieg gegen den Irak ablehnte, die amerikanische Weltmacht durchaus in Verlegenheit brachte. Ich bin auch der Meinung, dass man die Rolle der NATO überdenken muss, deren Existenz sich weniger rechtfertigt, seitdem die Bedrohung durch den Warschauer Pakt verschwunden ist. Ich glaube auch, dass es im wirtschaftlichen Bereich notwendig ist, eine nationale Politik zu führen, um uns vom System der Welthandelsorganisation (WTO) zu befreien, was uns weniger verwundbar machen würde gegenüber den Forderungen der USA im Falle einer internationalen Krise.

Amerikas falsches Spiel

National-Zeitung: *Was ist bei den beiden Irak-Kriegen der USA schief gelaufen?*

Gollnisch: Was man auch von Saddam Hussein denken mag, so muss man doch eingestehen, dass sein laizistisches System ein Stabilitätsfaktor im Nahen Osten war. Er war sogar lange Zeit ein vom Westen geschätzter Staatsmann während des äußerst widerspruchsvollen Krieges mit dem Iran. Hinzu kommt, dass er, entgegen den Lügen von George W. Bush, niemals Massenvernichtungswaffen besaß und auch nie mit Bin Laden zusammengearbeitet hat. Saddam Hussein war aber nach den Attentaten des 11. September 2001 sowohl ein perfekter Sündenbock, als auch eine leichte Beute für den amerikanischen Präsidenten. Da Bush davon überzeugt war, von den Irakern als Befreier gefeiert zu werden und ihnen ohne Widerspruch ein westliches Staatsmodell auferlegen zu können, blies er, unter lügnerischem Vorwand und ohne Mandat der Vereinten Nationen, zum militärischen Angriff, dessen fatale Konsequenzen bekannt sind.

Aber das Ziel rechtfertigt anscheinend die Mittel: so hat das sich unter amerikanischer Kontrolle befindende irakische Parlament erst kürzlich ein Gesetz verabschiedet, welches die irakischen Erdölreserven US-Konzernen zuspricht. Gemäß diesem Gesetz haben diese Konzerne die Gewissheit, 75 Prozent der Gewinne einstreichen zu können, und die milliarden schweren Erdölprofite werden damit der irakischen Bevölkerung einfach vor der Nase weggenommen. Wie ist es möglich, mit einer solchen Verachtung der lokalen Bevölkerung einen Ausweg aus der Krise zu finden?

Wer den Frieden gefährdet

National-Zeitung: *Wie beurteilen Sie die Hetze gegen Teheran, das als „Gefahr für den Weltfrieden“ dargestellt wird?*

Gollnisch: Es ist schon seltsam festzustellen, dass es **besonders die USA und Israel** sind, welche ständig dem Iran Lektionen erteilen, wobei sie sich selbst Einiges vorzuwerfen hätten. Der Atomwaffensperrvertrag sieht nämlich vor, dass die Atomkräfte ihre atomaren Waffen deutlich reduzieren müssen, was die USA jedoch hartnäckig ablehnen. Und Israel hat sich selber heimlich Massenvernichtungswaffen zugelegt, obwohl es offiziell eigentlich keine zu besitzen vorgibt. Die Nachbarn Teherans, Indien und Pakistan, haben sich ebenfalls Atomwaffen zugelegt, ohne dass es dabei irgendwelche Proteste gegeben hätte. **Ich meine, dass das islamische Regime Teherans sicher kein Modell für die internationale Gemeinschaft ist; die USA und Israel sind es aber auch nicht.** Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA über 100 Kriege und militärische Operationen in der ganzen Welt durchgeführt. Und was Israel angeht, so respektiert es die Resolutionen der Vereinten Nationen nicht und verlängert eine Besetzung, die nun schon über vierzig Jahre andauert, was den Teufelskreis des Hasses und der Spannungen nur anstachelt.

National-Zeitung: *Wie stark wird Le Pen bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen?*

Gollnisch: Niemals zuvor in seiner Karriere stand der Vorsitzende des Front National so hoch in den Umfragen wie jetzt. Zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 gab man Jean-Marie Le Pen in den Umfragen zwischen 10 bis 12 Prozent der Stimmen, wobei er letztendlich 16,86 Prozent erhielt. Jetzt, etwas weniger als zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2007, gibt man ihm in den Umfragen bereits zwischen 12 und 17 Prozent, was darauf schließen lässt, dass das Resultat deutlich über dem von vor fünf Jahren liegen wird.

National-Zeitung: *Wie beurteilen Sie die Meinungsfreiheit in historischen Fragen in Frankreich und Deutschland?*

Gollnisch: Die etablierten Parteien in Deutschland und Frankreich haben ihre Länder in eine Art totalitäre Demokratien umgewandelt, die die Meinungsfreiheit immer mehr einschränken, nicht nur was historische Fragen angeht, sondern hinsichtlich aller Fragen, die ihre Macht ins Wanken bringen könnten! In Frankreich zum Beispiel wurde ein Abgeordneter der Nationalversammlung von der Justiz auf Grundlage eines neuen Gesetzes verurteilt, nur weil er erklärt hat, dass er die traditionelle Familie **homosexuellen Gemeinschaften** vorzieht. Wer auch immer die Einwanderung von Ausländern kritisiert oder über religiöse oder andere Gemeinschaften anders als in lobender Weise redet, riskiert es, wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“ verurteilt zu werden, auch wenn er dabei nichts „Boshafes“ sagt.

Als Abonnent der NATIONAL-ZEITUNG erfahren Sie die wahren Hintergründe des Geschehens, von denen der Durchschnittsbürger nicht einmal ahnt. Bedienen Sie sich jetzt gleich des [Bestellscheins](#) für Abonnements und Geschenkabonnements!

[▲ nach oben](#)